

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Plenarsitzungsdokument

A6-0035/2009

28.1.2009

BERICHT

über Lösungsansätze für die Herausforderungen im Zusammenhang mit der
Ölversorgung
(2008/2212(INI))

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Berichterstatter: Herbert Reul

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG	12
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN	16
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG	20
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR BINNENMARKT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.....	23
ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS	26

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu den Lösungsansätzen für die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Ölversorgung (2008/2212(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Eine Energiepolitik für Europa“ (KOM(2007)0001),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 13. Juni 2008 mit dem Titel „Maßnahmen gegen die steigenden Ölpreise“ (KOM(2008)0384),
- unter Hinweis auf die Richtlinie 73/238/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 über Maßnahmen zur Abschwächung der Auswirkungen von Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen¹,
- unter Hinweis auf die Entscheidung 77/706/EWG des Rates vom 7. November 1977 zur Festsetzung eines gemeinsamen Richtwerts für die Einschränkung des Primärenergieverbrauchs bei Schwierigkeiten in der Versorgung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen²,
- unter Hinweis auf die Richtlinie 2006/67/EG des Rates vom 24. Juli 2006 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten³,
- unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 5. November 2008 einer neuen Richtlinie zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölerzeugnissen zu halten (KOM(2008)0775),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 13. November 2008 mit dem Titel „Zweite Überprüfung der Energiestrategie – EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und -solidarität“ (KOM(2008)0776),
- unter Hinweis auf das Grünbuch vom 12. November 2008 „Hin zu einem sicheren, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Energienetz“,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Februar 2007 zu den makroökonomischen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise⁴,

¹ ABl. L 228 vom 16.8.1973, S. 1.

² ABl. L 292 vom 16.11.1977, S. 9.

³ ABl. L 217 vom 8.8.2006, S. 8.

⁴ Angenommene Texte, P6_TA(2007)0054.

- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 29. September 2005 zur Abhängigkeit vom Erdol¹,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 19. Juni 2008 zu der Krise im Fischereisektor infolge des Anstiegs des Dieselkraftstoffpreises²,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsit zes zur Energieversorgungssicherheit während der Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Vorsit zes zu den Auswirkungen der hohen Lebensmittel -und Erdölpreise auf die Politikbereiche während der Tagung des Europäischen Rates vom 19. und 20. Juni 2008,
 - unter Hinweis auf den „World Energy Outlook 2008“ der Internationalen Energie Agentur (IEA) vom 12. November 2008,
 - unter Hinweis auf die Sondierungsstellungnahme TEN/368 des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem Thema Lösungsansätze für die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Ölversorgung,
 - gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäft sordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für auswart ige Angelegenheiten, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (A6-0035/2009),
- A. in der Erwägung, dass zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in den kommenden Jahrzehnten der Diversifizierung der Energieversorgungsrouten und -träger, den Energieeinsparungen und der Energieeffizienz immer stärkere Aufmerksamkeit auf europäischer Ebene zukommt,
 - B. in der Erwägung, dass es immer dringlicher wird, eine kohärente und umfassende gemeinschaftliche Energiepolitik zu entwickeln, um die Versorgungssicherheit bei wachsender Importabhängigkeit der Europäischen Union zu gewährleisten,
 - C. in der Erwägung, dass Erdöl eine endliche Ressource ist,
 - D. in der Erwägung, dass die Erdölförderung der Europäischen Union und Norwegens im Jahr 2007 noch über 30 Prozent zur Befriedigung der heimischen Nachfrage beigetragen hat,
 - E. in der Erwägung, dass viele, auch leicht förderbare, Erdolressourcen aufgrund umweltpolitischer Maßnahmen oder im Rahmen der Ressourcenbewirtschaftung in vielen Ländern der Welt derzeit nicht voll zugänglich gemacht werden und dass aufgrund

¹ ABI C 227 E vom 21.9.2006, S. 523.

² Angenommene Texte, P6_TA(2008)0308.

allgemein gestiegener Rohstoff- und Materialkosten sich die Kosten für die Förderung von Erdöl seit 2005 verdoppelt haben,

- F. in der Erwägung, dass die weltweite Nachfrage nach Erdöl Berechnungen der „U.S. Energy Information Administration“ zufolge im Jahr 2030 mehr als ein Drittel über der von 2006 liegen wird, die Nachfrage in der Europäischen Union zwischen 2005 und 2030 vor allem durch einen Nachfrageanstieg im Transportsektor jährlich um durchschnittlich 0,25 % zunehmen wird und damit der Anteil von Erdöl an der Primärenergienachfrage im Jahr 2030 in der Europäischen Union bei 35 % liegen wird,
- G. in der Erwägung, dass die Abhängigkeit der Europäischen Union von Erdöleinfuhren bis 2030 auf 95 % steigen wird, dass zugleich eine zunehmende Konzentration der konventionellen Erdölreserven auf die Staaten der strategischen Ellipse eintreten wird und bei zunehmender Nachfragekonkurrenz Unsicherheiten in der Versorgung entstehen können,
- H. in der Erwägung, dass langfristig steigende Erdölpreise zu erwarten sind,
- I. in der Erwägung, dass die Zunahme der Inflation, die durch Preissteigerungen bei wichtigen Rohstoffen und Preisspitzen beim Erdöl ausgelöst wurde, einen Kaufkraftverfall verursacht hat,
- J. in der Erwägung das die Preisschwankungen von 2008 nicht allein auf Angebot und Nachfrage zum jeweiligen Zeitpunkt zurückgeführt werden können und sich negativ auf die Wirtschaft auswirken,
- K. in der Erwägung, dass die Entwicklung neuer Anlageinstrumente auf dem Markt für Erdöl und andere wichtige Rohstoffe zur Verstärkung der Preisschwankungen bei diesen Rohstoffen geführt hat und dass für größere Transparenz auf den Energiemärkten gesorgt werden muss,
- 1. weist darauf hin, dass der Aspekt der Versorgungssicherheit in der zweiten Überprüfung der Energiestrategie wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist; bedauert jedoch, dass die Kommission keine Lehren aus der Wirtschaftskrise gezogen hat, die verdeutlicht hat, dass sich eine Lösung in Bezug auf die Versorgungssicherheit, die Solidarität der Mitgliedstaaten, die Beschäftigung und sozial-, umwelt- und wirtschaftspolitische Belange nur durch eine umfassende Veränderung in der Energiepolitik der Europäischen Union erreichen lässt; bedauert darüber hinaus, dass es bisher kein eindeutiges Engagement für eine Weiterentwicklung in der Energiepolitik und in Bezug auf die Versorgungsstruktur gibt;
- 2. betont nachdrücklich, dass neben kurzfristigen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung auch der langfristige Horizont zu berücksichtigen ist;
- 3. fordert die Kommission auf, im Vorfeld von Legislativvorschlägen verstärkt auch indirekte Auswirkungen vorgeschlagener Maßnahmen auf die Versorgungssicherheit und die Kosten zu analysieren;

Erschließung der vorhandenen Ressourcen

4. stellt fest, dass es verschiedene Schätzungen gibt, nach denen auch in der Zukunft noch ausreichend Erdöl gefördert werden kann, um die Nachfrage zu decken; wobei es allerdings sein könnte, dass die Konsumenten hierfür höhere Preise zahlen müssen, und wobei die Investitionsbedingungen verbessert werden müssen; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die anhaltend hohe Nachfrage nach Erdöl das Angebot zunehmend an die Kapazitätsgrenzen geführt hat;
5. weist darauf hin, dass es unsicher ist, wann und in welchem Maß es zu einer Lücke zwischen wachsender Nachfrage und sinkendem Angebot kommt; ist besorgt darüber, dass diese Unsicherheit die Gefahr von Schwankungen des Ölpreises erhöhen wird; ist daher der Überzeugung, dass alle Maßnahmen, welche geeignet sind, die Nachfrage nach Erdöl zu senken, mit Nachdruck verfolgt werden sollten;
6. unterstützt den Vorschlag der Kommission, erforderlichenfalls kurzfristige Maßnahmen zur Minderung künftiger Erdölpreisspitzen zu ergreifen; fordert die Mitgliedstaaten auf, bei Investitionen in alternative Energiequellen, wie z.B. erneuerbare Energieträger, finanzielle Unterstützung zu bieten und den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Sensibilisierung der Verbraucher zu setzen, die auf die Förderung des Verkaufs energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen abzielen, um die langfristigen Kosten zu senken und um einen künftigen Rückgang des Erdölangebots abzuschwächen;
7. fordert eine Intensivierung der Bemühungen, nicht konventionelle Erdölressourcen kommerziell nutzbar zu machen, um auf diese Weise auch einen Betrag zur Diversifizierung zu leisten; fordert zugleich die Entwicklung umweltschonender Gewinnungsverfahren; betont, dass ein auf dem Lebenszyklus der Treibhausgasemissionen von Kraftstoffen auf dem EU-Binnenmarkt basierender Ansatz – wie im Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Spezifikationen für Otto-, Diesel- und Gasölkraftstoffe und die Einführung eines Systems zur Überwachung und Verringerung der Treibhausgasemissionen bei der Verwendung von für den Straßenverkehr bestimmten Kraftstoffen, zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG des Rates im Hinblick auf die Spezifikationen für von Binnenschiffen gebrauchte Kraftstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 93/12/EWG bereits vorgesehen – der Erdölbranche einen echten Anreiz dafür bieten wird, ihren Anteil am Klimawandel durch verbesserte Förderverfahren zu reduzieren;
8. ist der Ansicht, dass die Erzeugung von Energie aus Erdöl und anderen Energieträgern, die mit erheblichen Kohlendioxidemissionen verbunden ist, sowohl durch höhere Energieeffizienz als auch durch einen Umstieg auf CO₂-emissionsneutrale Energieträger wie Kernbrennstoffe oder erneuerbare Energiequellen verringert werden sollte;
9. ist der Ansicht, dass die Förderung der vorhandenen Reserven in zunehmendem Maß von politischen Faktoren beeinträchtigt wird, darunter politische Instabilität, unzureichender Rechtsschutz, aber auch umweltpolitische Maßnahmen und Ressourcenbewirtschaftung; fordert die Kommission daher auf, den Dialog mit den Förderländern auf allen Ebenen zu intensivieren und in beiderseitigem Interesse nach pragmatischen Konfliktlösungen zu suchen;

10. weist auf die Bedeutung des arktischen Raums als Erdölfördergebiet hin, in dem bis zu ein Viertel der weltweit unentdeckten Reserven vermutet wird;
11. weist mit Nachdruck auf die Rolle hin, die die Arktis bei der Konzipierung der Energiepolitik wie auch in Bezug auf den Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung für Europa spielt, was vom Europäischen Rat auf seiner Tagung im März 2007 hervorgehoben wurde; verweist auf die Bedeutung einer gerechten Verteilung der Kohlenwasserstoffvorkommen in der Arktis in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht im Interesse der generellen weltweiten Stabilität; fordert die Kommission auf, den Kohlenwasserstoffen in ihrer Mitteilung über strategische Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Arktis besonders wichtig zu nehmen;
12. fordert die Kommission auf, im Dialog mit den Erdölkonzernen und den Förderländern nach Möglichkeiten zu suchen, die Investitionen trotz schwankender Preise und Gewinne zu verstetigen;
13. erwartet von den Erdölunternehmen, dass sie ihre beträchtlichen Gewinne der letzten Zeit in die Erkundung und Erschließung neuer Erdölreserven sowie in die Förderung energiesparender Technologien und die Forschung im Bereich der Erdölersatzstoffe (insbesondere für Fahrzeuge) investieren;
14. fordert nachdrücklich dynamischere Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Erdölproduzierländern, die auch die Bereitschaft zum beiderseitigen Geben und Nehmen umfassen und darauf ausgerichtet sind, ein stabileres und ruhigeres Umfeld für das Angebot und die Preisgestaltung auf dem Erdölmarkt zu schaffen, was im Interesse aller Beteiligten und der Weltwirtschaft als Ganzes läge;
15. begrüßt die Initiative der Kommission, einen internationalen politischen Dialog zwischen Erdölverbraucher- und Erdölproduzierländern in Form eines hochrangigen Gipfeltreffens auf den Weg zu bringen, um ein faires Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Erdölmarkt zu erreichen und zu verhindern, dass der Ölpreis von den Erdölproduzierenden Ländern künstlich auf einem hohen Niveau gehalten wird;

Transparenz des Marktes und Preisbildung

16. ist besorgt über die zunehmende und im Jahr 2008 eindrucksvoll zu beobachtende Volatilität des Ölpreises, die sich negativ auf die gesamte Wirtschaft und die Verbraucher der Europäischen Union auswirkt;
17. vertritt die Ansicht, dass die Ölpreisschwankungen ein Abbild der gestiegenen Nachfrage nach Erdöl, des fortschreitenden Verbrauchs der Erdölreserven, der veränderten demografischen Tendenzen und der zunehmenden Verstädterung, vor allem in Schwellenländern, wo steigende Durchschnittseinkommen zum Anstieg der Nachfrage führen, der Spekulation auf den Rohstoffmärkten und der Weltwirtschaftszyklen sind; betont, dass Erdöl und andere Rohstoffe infolge des Wertverlusts des US-Dollars in zunehmendem Maß zur Portfoliodiversifizierung eingesetzt wurden;
18. ist besorgt angesichts der stark schwankenden Ölpreise und ihrer Folgen für die Wirtschafts- und Finanzstabilität; ist sich zwar der Vorteile bewusst, die mit der Aktivität

der Märkte für Erdöl und andere Energieprodukte verbunden sind, fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten jedoch nachdrücklich auf, auf den Energiemärkten für ein Höchstmaß an Transparenz zu sorgen;

19. erkennt an, dass auch die Ökonomien der Erdölexporture durch eine solche Volatilität geschädigt werden, und dass deswegen eine Stabilisierung der Erdölpreise in beiderseitigem Interesse ist;
20. begrüßt die Mitteilung der Kommission und teilt deren Besorgnis angesichts der Ölpreisschwankungen der letzten Zeit und ihrer negativen Auswirkungen auf die Inflation, die Wettbewerbsfähigkeit, den Handel und das Wirtschaftswachstum;
21. sieht die Hauptursache für den Ölpreisanstieg in den letzten acht Jahren in einem starken Nachfragewachstum, das zu Engpässen bei der Erdölförderung, dem Transport und der Raffinierung und zu hohen Zufallsgewinnen einiger weniger großer Erdöligopole geführt hat; weist darauf hin, dass deutlich gestiegene Rohstoffpreise und spekulative Transaktionen an den Finanzmärkten eine verstärkende Wirkung auf die Entwicklung des Ölpreises ausgeübt haben;
22. betont, dass vorrangig eine Überwachung des Wettbewerbs bei der Verarbeitung und beim Vertrieb von Erdöl und Erdölzeugnissen stattfinden muss und dass transparentere Daten über die kommerziellen Ölvorräte vorliegen müssen;
23. hält es zur Stabilisierung des Ölpreises für unbedingt notwendig, die Markttransparenz zu verbessern; fordert die Kommission auf, dem Parlament und dem Rat diesbezüglich Vorschläge vorzulegen; weist darauf hin, dass Transparenz auch in den Förderländern dringend ausgebaut werden muss und dass insbesondere auch die Fördermengen und die Höhe der Reserven auf transparentere Weise publik gemacht werden müssen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen ihrer Dialoge mit den Förderländern auf eine Erhöhung der Transparenz hinzuwirken;
24. begrüßt in diesem Zusammenhang die in der zweiten Überprüfung der Energiestrategie vorgeschlagene Studie über den Nutzen und die Kosten einer wöchentlichen Veröffentlichung der Höhe der Lagerbestände; fordert die Kommission auf, die Ergebnisse der Studie in ihre weiteren legislativen Maßnahmen einzubeziehen; betont zugleich, dass Transparenz weltweit erreicht werden muss;
25. weist darauf hin, dass unterschiedliche technische Spezifikationen für Erdölprodukte in den Hauptabnehmerländern zu einer Marktfragmentierung führen, die sich im Fall von Lieferausfällen stark preistreibend auswirken können; fordert die Kommission auf, Vorschläge dafür zu unterbreiten, wie derartige Marktzugangsbeschränkungen ausgeräumt werden können;
26. ist der Ansicht, dass die Aufgabe strategischer Vorräte darin besteht, physischen Engpässen durch Lieferausfälle zu begegnen; lehnt aus diesem Grund und aus Gründen einer nachhaltigen Haushaltspolitik alle Versuche ab, der Ölpreisvolatilität durch die Nutzung dieser Vorräte entgegenzuwirken;
27. betont, dass es wichtig ist, sich aktiv dafür einzusetzen, dass Kleinunternehmen Zugang zu

neuartigen alternativen Energiequellen erhalten, weil dadurch ihre Abhängigkeit vom schwankenden Ölpreis verringert wird; bekräftigt die Bedeutung von KMU für die Erzeugung von Biokraftstoffen und anderen erneuerbaren Energieträgern; macht seine Bedenken gegen die fortbestehenden technischen und rechtlichen Hindernisse für Herstellung und Vermarktung dieser Produkte geltend und fordert die Kommission auf, sich um die Erleichterung des Marktzugangs für solche Kraftstoffe zu bemühen;

28. betont, dass ein effizientes Emissionsrechtssystem und die Annahme einer breiten Palette weiterer Energiesparmaßnahmen wesentlich zur Entstehung eines breit gefächerten, hochinnovativen Marktes für energieeffiziente Technologien und Produkte beitragen sollten; betont, dass das Verursacherprinzip unbedingt angewendet werden muss; weist darauf hin, dass die Auswirkungen der politischen Maßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftssektoren mit der steigenden Zahl der Länder, die diese Maßnahmen umsetzen, abnehmen;

Investitionen in Erdölherzeugung und -verarbeitung

29. nimmt zur Kenntnis, dass der IEA zufolge bis 2020 jährliche Investitionen in Höhe von 350 Mrd. USD in der Erdölindustrie nötig sind, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in ihren jeweiligen politischen Maßnahmen Investitionsanreize, insbesondere auch innerhalb der Europäischen Union, zu geben; unterstreicht dabei die Rolle langfristiger Investitionssicherheit; lehnt jedoch ab, dass anstelle von Privatinvestitionen und -kapital öffentliche Gelder eingesetzt werden;
30. ist besorgt über die Auswirkungen der aktuellen Kreditkrise auf die Investitionsmöglichkeiten der Erdölindustrie und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zur Überwindung der Krise eng zu koordinieren;
31. begrüßt den Beitrag, den ein verstärkter Einsatz von Biokraftstoffen im Transportsektor für die Erhöhung der Versorgungssicherheit leisten könnte; stellt fest, dass es hierdurch zu einer Konsolidierung und Umstrukturierung in der Erdöl verarbeitenden Industrie kommen wird; stellt weiter fest, dass zusätzlich strukturelle Maßnahmen im Transportsektor getroffen werden müssen, um die Ölnachfrage zu minimieren;
32. fordert die Mitgliedstaaten und die Betreiber dazu auf, trotz dieser Entwicklungen dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Reservekapazitäten in der Europäischen Union vorhanden bleiben, um Engpässe, etwa in Folge von Naturkatastrophen, ausgleichen zu können;
33. fordert die Mitgliedstaaten, die Kommission und die Erdölkonzerne auf, für eine ausreichende Ausbildung der Fachkräfte zu sorgen, die für die Erforschung von Erdölreserven und für die Erdölförderung notwendig sind;

Transportwege

34. begrüßt die im Rahmen des Programms Inogate erzielten Erfolge gerade im Bereich vertrauensbildender Maßnahmen; fordert die Kommission auf, eine Strategie dafür zu entwerfen, wie derartige Projekte durch flankierende Maßnahmen unterstützt und besser

koordiniert werden können;

35. weist auf die zentrale Bedeutung gutnachbarlicher Beziehungen unter den Transitstaaten sowie zwischen ihnen und ihren Nachbarstaaten hin und beauftragt die Mitgliedstaaten und die Kommission, ihre Bemühungen in dieser Hinsicht zu intensivieren;
36. stellt fest, dass Erdölfertleitungen von den transeuropäischen Energienetzen ausgeschlossen sind; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, angesichts aktueller Entwicklungen, insbesondere der sinkenden Eigenproduktion und der zugleich steigenden Importabhängigkeit und des Bedarfs an neuen Transportkapazitäten, die Aufnahme der Erdölinfrastruktur in die TEN-E zu prüfen;
37. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, insbesondere in von politischer Instabilität bedrohten Förderländern im Rahmen der gemeinsamen Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik auf eine Stabilisierung hinzuwirken, da Stabilität die Grundlage von Investitionen und Prosperität bildet;
38. betont, dass neue Ölinfrastrukturprojekte wie die Fernleitungen Odessa-Gdansk und Constanța-Triest weiterhin als Projekte von europäischem Interesse mit hoher Priorität eingestuft werden sollten;
39. erklärt sich besorgt über die zunehmende Piraterie, welche die internationale Schifffahrt und damit auch den Öltransport bedroht und begrüßt die Gemeinsame Aktion des Rates vom 10. November 2008 zur Durchführung einer Operation am Horn von Afrika zum Schutz von Schiffen vor Piratenangriffen (Operation Atalanta);
40. erklärt sich besorgt über die Bedrohung der Transportwege und der strategischen Infrastruktur durch den Terrorismus und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Dialog mit zentralen Akteuren zu intensivieren;

Transport und Gebäude

41. weist auf das Energieeinsparpotenzial im Gebäudesektor hin, welches die Nachfrage nach fossilen Energieträgern wie Öl und Gas senken könnte, und begrüßt die aktuellen Anstrengungen der Kommission und der Mitgliedstaaten, dieses Potenzial noch besser auszuschöpfen;
42. begrüßt die Bemühungen der Europäischen Union zur Diversifizierung der Energieträger im Transportsektor; bevorzugt marktbasierende Ansätze bei der Einführung neuer Technologien; stellt fest, dass der Preis den besten Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit neuer Technologien bildet; bedauert jedoch den mangelnden Ehrgeiz bei der Erschließung des Potenzials energieeffizienter, besser konstruierter und leichter Fahrzeuge;
43. äußert Zweifel an der mittel- und langfristigen Tauglichkeit von Biokraftstoffen der ersten Generation als Substitut für Erdöl; fordert verstärkte Anstrengungen in der Erforschung synthetischer Kraftstoffe;
44. ist davon überzeugt, dass das Wachstum des Erdölverbrauchs im Transportsektor mittel-

und langfristig nur gesenkt werden kann, wenn die Europäische Union und die Mitgliedstaaten zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die zu einer Verlagerung des Güterverkehrs und von Mobilität auf nachhaltigere Verkehrsträger, die kein oder nur wenig Erdöl verbrauchen, wie der Schienenverkehr, der Transport auf dem Wasser und auch intermodale Mobilitätsketten in städtischen Räumen (zu Fuß, per Rad, öffentliche Verkehrsmittel, Fahrgemeinschaften) führen; ist der Überzeugung, dass erhebliche Energieeinsparungen erzielt werden können, indem verstärkt moderne Verkehrsleitsysteme eingesetzt werden, die Wartezeiten und Umwege im Straßen- und Luftverkehr sowie beim Transport auf dem Wasser reduzieren, und grüne Logistik stärker gefördert wird;

Beziehungen zu Ländern mit steigendem Erdölverbrauch

45. fordert die EU und die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, Maßnahmen zu ergreifen, um eine verbindliche, progressive und allumfassende Grundlage im Vertrag für eine gemeinsame europäische Energieversorgung und Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten; betont in diesem Zusammenhang die lebenswichtige Bedeutung einer kohärenten Strategie gegenüber den wichtigsten externen Energielieferanten der EU; befürwortet den Vertrag von Lissabon, der eine Solidaritätsklausel für die Energieversorgung enthält und eine gemeinsame Verantwortung der EU und der Mitgliedstaaten für die Energiepolitik vorsieht, als einen Schritt in die richtige Richtung; weist darauf hin, dass die starke Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen die Kohärenz und Wirksamkeit ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schwächen kann;
46. vertritt die Auffassung, dass energiepolitische Themen verstärkt in den gemeinsamen Außenbeziehungen der Union zu den Ländern mit stark steigendem Erdölverbrauch berücksichtigt werden müssen und die Europäische Union darauf hinwirken muss, staatliche Subventionen für Erdölprodukte abzubauen;
47. fordert die Kommission auf, Maßnahmen in ihre gemeinsame Außen-, Handels- und Nachbarschaftspolitik zu integrieren, die dazu beitragen können, eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Erdölverbrauch weltweit voranzutreiben;
48. weist darauf hin, dass vor allem die geopolitischen Auswirkungen der Veränderungen der weltweiten Rahmenbedingungen für die internationale Energieversorgungssicherheit und die Folgen für die zukünftige internationale Ordnungspolitik durch die EU noch nicht ausreichend beachtet und diskutiert wurden; ist der Auffassung, dass das Festhalten an nationalen Lösungen ersetzt werden muss durch neue Formen der engen politischen und wirtschaftlichen Kooperation zwischen der EU, den USA, Russland und China, die mittelfristig auch institutionalisiert werden müssen;
49. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Erdöl hat heute einen Anteil von fast 37 Prozent am Bruttoenergieverbrauch der Europäischen Union. Damit ist Erdöl mit großem Abstand der wichtigste Primärenergieträger, noch vor Erdgas, festen Brennstoffen und der Kernenergie. Die Kommission geht davon aus, dass bis zum Jahr 2030 die Erdölnachfrage in der EU weiterhin ansteigen wird, wenn auch nur noch um 0,25 Prozent jährlich. Dennoch wird Erdöl auch 2030 mit einem Anteil von ca. 35 Prozent am Bruttoenergieverbrauch der wichtigste Primärenergieträger in der EU bleiben.

Während die Nachfrage in der EU nur langsam anwachsen wird, ist weltweit mit einem deutlich stärkeren Nachfrageanstieg zu rechnen. Die U.S. Energy Information Administration rechnet damit, dass die Nachfrage im Jahr 2030 um mehr als ein Drittel über der von 2006 liegen wird. Da derzeit Angebot und Raffineriekapazitäten nicht mit dem Nachfrageanstieg Schritt halten können, wird die Marktsituation auf absehbare Zeit angespannt bleiben. Der von der IEA in ihrem jüngsten Bericht langfristig erwartete Ölpreisanstieg wird sich jedoch zugleich bremsend auf den Anstieg der Nachfrage auswirken.

Das Ende des Ölzeitalters wurde bereits mehrfach vorausgesagt. In diesem Zusammenhang ist immer wieder vom Begriff „peak oil“ die Rede. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass heute mehr Reserven vorhanden sind als jemals zuvor. Obwohl Erdöl eine endliche Ressource ist, lehrt uns die Vergangenheit, dass niemand mit Genauigkeit voraussagen kann, wann eine durch natürliche Erschöpfung der Ressourcen bedingte Verringerung der Produktion eintreten wird, und ob sie allmählich, brüsk oder mit Zwischenpeaks erfolgen wird.

Einschränkungen hinsichtlich der Förderung bestehen zum einen aus geologischen und technologischen Gründen. Zum anderen liegen allerdings die meisten Hindernisse für den Ausbau der Förderung über der Erde – politische Instabilität in manchen Staaten, Sanktionen, unzureichender Rechtsschutz, umweltpolitische Maßnahmen und gezieltes Ressourcenmanagement schränken die Produktionspotenziale ein.

Trotz dieser angespannten Marktlage darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Erdölreserven heute mit 1,2 Billionen Barrel rund doppelt so hoch sind wie noch 1980. Die Nachfrage ist dagegen im selben Zeitraum lediglich von knapp 62 Mio. Barrel am Tag auf etwa 85 Mio. Barrel am Tag angestiegen. In der Summe ergibt sich hieraus mit 41,6 Jahren sogar eine längere „Lebensdauer“ der Reserven als 1980.

Zugleich muss anerkannt werden, dass das Konzept der Reserve ein dynamisches ist: Es ist nicht nur abhängig von neuen Funden sondern auch ganz entscheidend von technologischen Innovationen und vom Ölpreis, da die Reserven den wirtschaftlich ausbeutbaren Teil der Ressourcen beschreiben. So reichen die Gesamterdölressourcen noch für mehrere Jahrhunderte, lediglich die Menge leicht förderbaren Erdöls ist in den letzten Jahren nicht mehr so stark gestiegen wie zuvor.

Eine weitere Realität ist die zunehmende Konzentration der leicht förderbaren Reserven auf wenige Staaten der „strategischen Ellipse“. Dies ergibt sich eindeutig aus dem Verhältnis von Produktion und der Höhe der Reserven. Allerdings muss auch hier beachtet werden, dass dieses Verhältnis immer nur eine Momentaufnahme darstellt. So könnten neue Funde in weiteren Teilen der Welt, etwa im arktischen Raum oder vor der grönländischen Küste, oder technologische Fortschritte, die zu einer ökonomischen Förderung nicht-konventioneller

Reserven führen, das Verhältnis zugunsten anderer Regionen verändern – wenn auch nur in beschränktem Maße.

Zugleich sinkt die Förderung innerhalb der EU. Zwar können derzeit Norwegen und die EU-Mitgliedstaaten selbst noch rund 30 Prozent der Nachfrage abdecken, es ist jedoch aus heutiger Sicht mit einem deutlichen Rückgang der Produktion bis 2030 zu rechnen. Dies hat zur Folge, dass die Importabhängigkeit der EU nach Angaben der Kommission in den kommenden Jahrzehnten ca. 95 Prozent erreichen wird.

Diese Realitäten müssen sich in der Energiepolitik widerspiegeln. Zum einen bedarf es kurzfristiger Reaktionsmechanismen, über die die EU bereits seit Ende der 1960er Jahre in Form strategischer Reserven von Erdöl und Erdölprodukten verfügt. Die von der Kommission nun vorgeschlagene Überarbeitung der entsprechenden Richtlinie wird im Europäischen Parlament kritisch überprüft werden.

Zum anderen kann die Versorgungssicherheit langfristig nur gewährleistet werden, wenn eine entsprechende Planung erfolgt. Der Zeithorizont für Investitionen in Infrastruktur beträgt häufig 40 oder mehr Jahre. In solch langen Dimensionen zu denken ist keine leichte Aufgabe. Solch strategische Planungen müssen jedoch auch auf europäischer Ebene erfolgen. Die vielleicht zentrale Herausforderung wird sein, das Angebot zu erhöhen und zugleich das Nachfragewachstum deutlich zu verringern. Dieser Erkenntnis folgt der Bericht.

Bei der Förderung des Angebots sind drei Elemente von strategischer Bedeutung: Erstens müssen in den kommenden Jahrzehnten der IEA zufolge weltweit über 350 Milliarden Dollar pro Jahr in die Erschließung neuer Quellen sowie in den Ausbau von Infrastruktur (Fernleitungen, Schiffe, Häfen, Raffinerien usw.) investiert werden. Dies ist nur möglich, wenn den Unternehmen für ihre Investitionen innerhalb wie außerhalb der EU Investitionssicherheit garantiert wird. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, eine angemessene Rendite zu erzielen.

Das zentrale Instrument zur Sicherung der Versorgung besteht in der Diversifizierung der Bezugsquellen. Auch aus Sicht der Versorgungssicherheit bieten unkonventionelle Ölquellen wie Ölschiefer oder Ölsande und Schwerstöle aufgrund ihrer Verteilung auf eine Vielzahl von Staaten große Vorteile.

Zugleich muss zweitens die Forschung intensiviert werden. Der Einsatz neuer Materialien kann beispielsweise die Betriebskosten deutlich senken oder ein umweltschonenderes Bohren ermöglichen. Neue Fördertechniken werden künftig in noch viel höherem Maß als heute zu einem Ansteigen der Reserven führen. Rund 80 Prozent der unkonventionellen Ressourcen entfallen auf Ölschiefer. Diese Potenziale gilt es künftig ökonomisch und ökologisch nutzbar zu machen. Ein wichtiges Feld wird somit auch künftig die Ausbildung von Ingenieuren sowie die Förderung von Kooperationen zwischen der Industrie und Forschungseinrichtungen bilden.

Drittens müssen in den kommenden Jahren zahlreiche Konflikte der Weltpolitik gelöst werden. Der Irak beginnt erst langsam, nach einer Stabilisierung der Sicherheitslage, Erdöl in größeren Mengen zu fördern. Der Iran besitzt enorme Reserven, die jedoch derzeit aus politischen Gründen nur in sehr geringem Maß zu einer Entspannung auf den Ölmärkten beitragen können.

Der vor kurzem eingetretene Konflikt zwischen Georgien und Russland sowie die vermehrten Angriffe von Piraten auf Tanker in den letzten Monaten haben in aller Deutlichkeit gezeigt, wie verwundbar die Transportwege sein können. Bedenkt man, dass auch Terroristen ein Interesse an der Kaperung eines VLCC haben könnten, so wird die Dringlichkeit einer Reaktion von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft noch deutlicher.

Dass Versorgungssicherheit bereits weit vor den Grenzen der EU gewährleistet werden muss, zeigen nicht zuletzt politische Unruhen, etwa in den nigerianischen Ölfördergebieten. Angesichts dieser Herausforderungen ist eine engere Abstimmung in der EU-Außenpolitik dringend geboten.

Auf der Nachfrageseite haben die Mitgliedstaaten bereits heute große Fortschritte erzielt. Der Anteil der Erdölheizungen in der EU liegt bei rund 20 Prozent. Vor allem in Folge der beiden Erdölkrisen wurden zahlreiche Heizungsanlagen bereits durch moderne und effiziente Anlagen ersetzt. Auch die jüngsten Rekorde beim Erdölpreis haben, oft unterstützt durch nationale Förderprogramme und eine bessere Wärmedämmung, zu einer weiteren „Effizienzwelle“ geführt. Insgesamt ist der Verbrauch in diesem Bereich seit den 1980er Jahren sogar gesunken.

Auch die Förderung von Biokraftstoffen wurde als ein Mittel erkannt, den Anstieg der Nachfrage nach Rohöl einzudämmen. Vor allem der Dieselimport könnte hierdurch gemindert werden. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch gesehen werden, dass die aktuellen Bestrebungen, den Anteil von Biokraftstoffen im Straßenverkehr deutlich um bis zu 20 Prozent zu erhöhen, auch zu Umstrukturierungen und Arbeitsplatzverlusten in den betroffenen Betrieben führen werden.

Auf dem Frühjahrsgipfel im März 2007 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU selbst das Ziel vorgegeben, die Effizienz der Energienutzung bis 2020 um 20 Prozent zu steigern. Mit den derzeit noch in Planung befindlichen Legislativvorschlägen befindet sich die EU auf einem guten Weg. Allerdings sollten marktwirtschaftliche Instrumente starren Prozent- oder Verbrauchsvorgaben vorgezogen werden, um nicht in eine Planwirtschaft zu verfallen. Ferner dürfen Sicherheitsaspekte, wie beim Rollwiderstand von Reifen, nicht der Effizienz untergeordnet werden.

Den größten Nachfragezuwachs verzeichnet trotz Verbesserungen bei der Effizienz der Transportsektor. Gründe hierfür sind die fundamentale Bedeutung von Mobilität für die Gesamtwirtschaft und der Wunsch zahlreicher Bürger nach individueller Mobilität. Auch der Flugverkehr hat in den letzten Jahren in der EU und auch weltweit deutlich zugenommen.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit des Verkehrssektors muss hier neben der klassischen Diversifizierung der Bezugsquellen heute eine neue Komponente eingeführt werden: Die Diversifizierung der Antriebstechniken, einschließlich der Initiativen zur Elektromobilität. Gerade im Stadtverkehr ist das Potenzial in den kommenden Jahrzehnten immens. Entsprechende Programme zur Forschungsförderung sollten ebenso intensiviert werden wie die Kooperation zwischen Herstellern und Forschungseinrichtungen. Als Vorbild kann hier durchaus der Bereich der Wärmeerzeugung angesehen werden: Erdgasheizungen werden genauso angeboten wie Öl- oder Stromheizungen, und auch die Nutzung von Fern- oder Erdwärme sowie von Pellets in der EU steigt.

Die Nachfragesteuerung darf allerdings nicht auf die EU beschränkt bleiben. Der prozentuale Anteil der EU am Welterdölkonsum wird auch in den nächsten Jahren kontinuierlich zurückgehen. Dies ist allein schon bedingt durch den starken Nachfragezuwachs außerhalb der EU. Es wird für die Versorgungssicherheit der EU daher entscheidend sein, auch weltweit das Nachfragewachstum einzudämmen, ohne dabei die Wachstumsziele der Drittstaaten oder der EU selbst zu gefährden. Von großer Bedeutung ist dabei auch die Förderung marktwirtschaftlicher Preisbildungsmechanismen in Drittstaaten – etwa durch die Abschaffung staatlicher Subventionen für Kraftstoffe.

All diese Maßnahmen verlangen nach Investitionen. Investitionen sind nur möglich, wenn auch ausreichend Kapital zur Verfügung gestellt wird – und eine Rendite zu erwarten ist. In dieser Erkenntnis muss die aktuelle Kreditkrise, die sich zu einer Wirtschaftskrise auszuweiten droht, schnellstmöglich überwunden werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob der Staat durch klimapolitische Instrumente Jahr für Jahr zusätzliche Milliarden Euro von den Verbrauchern einnehmen soll oder ob das Geld nicht bei denen verbleiben sollte, die die notwendigen Investitionen auch tätigen müssen.

Die Herausforderungen für die künftige Sicherheit der Versorgung der EU mit Erdöl sind im letzten Jahrzehnt gewachsen. Sie können aber durch gezielte Einwirkungen sowohl auf das Angebot als auch auf die Nachfrage bewältigt werden, wenn der politische Wille und eine internationale Koordinierung und Kooperation sowie Innovationskraft vorangetrieben werden können.

20.1.2009

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen im Erdölbereich
(2008/2212(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Justas Vincas Paleckis

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Mitteilungen der Kommission mit dem Titel „Maßnahmen gegen die steigenden Ölpreise“¹ und „Zweite Überprüfung der Energiestrategie – EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und -solidarität“²; weist darauf hin, dass trotz des Sinkens der Ölpreise im zweiten Halbjahr 2008 infolge der Weltfinanzkrise die langsamen Fortschritte bei der Umstellung auf nachhaltigere Brennstoffe, der Rückgang der Fördermengen aus den Ölfeldern der Welt und der kontinuierliche Anstieg der Nachfrage, der hauptsächlich von den Volkswirtschaften der Schwellenländer ausgeht, nach dem Ende der internationalen Krise zwangsläufig wieder dazu führen, dass sich die Anspannung der Märkte für fossile Brennstoffe fortsetzt und die Abhängigkeit der Verbraucherländer von den Einfuhren zunimmt;
2. fordert die EU und die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, Maßnahmen zu ergreifen, um eine verbindliche, progressive und allumfassende Grundlage im Vertrag für eine gemeinsame europäische Energieversorgung und Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten; unterstreicht in diesem Zusammenhang die lebenswichtige Bedeutung einer kohärenten Strategie gegenüber den wichtigsten externen Energielieferanten der EU; unterstützt den Vertrag von Lissabon, der eine Solidaritätsklausel für die Energieversorgung beinhaltet und eine gemeinsame Verantwortung der EU und der Mitgliedstaaten für die Energiepolitik vorsieht, als einen Schritt in die richtige Richtung; weist darauf hin, dass die starke Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen die

¹ KOM(2008)0384.

² SEK(2008)2794 und SEK(2008)2795.

Kohärenz und Wirksamkeit ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik untergraben kann;

3. weist darauf hin, dass vor allem die geopolitischen Auswirkungen der Veränderungen von globalen Rahmenbedingungen für die internationale Energiesicherheit und die Folgen für die zukünftige internationale Ordnungspolitik durch die EU noch nicht ausreichend beachtet und diskutiert wurden; ist der Auffassung, dass das Festhalten an nationalen Lösungen ersetzt werden muss durch neue und enge politische und wirtschaftliche Kooperationsformen zwischen der EU, den USA, Russland und China, welche mittelfristig auch institutionalisiert werden müssen;
4. stellt mit Besorgnis einen energiepolitischen Nationalismus bei den energiepolitischen Hauptakteuren sowie eine zunehmende Politisierung der Beziehungen zwischen den Erdöl exportierenden und den Erdöl importierenden Ländern im Energiebereich fest, was auch eine größere Gefahr von Spannungen und Konflikten mit sich bringt; unterstützt mit Nachdruck den Vorschlag der Kommission, dass die EU in einen engen Dialog mit den wichtigsten Öllieferanten wie Norwegen, den OPEC-Ländern und Russland eintreten sollte, um die Interdependenz im Energiebereich und die Energieversorgungssicherheit für die gesamte EU zu verstärken, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf einer größeren Effizienz, einem gleichberechtigten Marktzugang, der Nichtdiskriminierung und der Transparenz liegen sollte; würdigt die Arbeit, die die Kommission zur Intensivierung der energiepolitischen Dialoge geleistet hat und die insbesondere eine Reihe von Vereinbarungen mit den östlichen Nachbarländern und den zentralasiatischen Ländern zum Ergebnis hatte, und erwartet weitere Fortschritte mit den südlichen Partnern; betont, dass die Energiedialoge keinesfalls auf Kosten offener und ergebnisorientierter Dialoge zu den Menschenrechten geführt werden sollten; ist enttäuscht über die mangelnde aktive und transparente Überwachung des Energiesektors, vor allem der Erdöl- und Erdgasindustrie, im Zusammenhang mit dem Wettbewerb bei der Verarbeitung, der Produktion und dem Absatz und der Forschung; fordert die Kommission auf, Vorschläge vorzulegen, die eine schlüssigere und umfassendere Strategie in dieser Hinsicht beinhalten und auf eine erfolgreiche Energieaußenpolitik abzielen;
5. erwartet ungeachtet des willkommenen Rückgangs der Ölpreise und in Anbetracht des zyklischen Verhaltens der Preise, dass es nach dem Ende der derzeitigen Wirtschaftskrise wieder zu einem Preisanstieg kommen wird; bekräftigt daher die Bedeutung, die einer stärkeren Diversifizierung der Energiequellen und Versorgungsrouten der EU im Hinblick darauf zukommt, die Auswirkungen etwaiger künftiger Engpässe in der Ölversorgung abzuschwächen, wobei es sich der Unterschiedlichkeit der Situationen in verschiedenen Mitgliedstaaten in Bezug auf den Energiemix, die Einfuhrabhängigkeit und die Verfügbarkeit von Infrastrukturen bewusst ist, insbesondere was die „Energieinseln“ in der EU betrifft; befürwortet den stärkeren Einsatz von nachhaltigen Biokraftstoffen und räumt die Bedeutung erneuerbarer Energiequellen für die Verbesserung der Energieversorgungssicherheit ein; nimmt zur Kenntnis, dass erwartet wird, dass nichtkonventionelles Öl eine wichtige Rolle dabei spielen wird, den Rückgang der Förderung aus den vorhandenen Ölfeldern auszugleichen; betont, dass neue Ölinfrastrukturprojekte wie die Pipelines Odessa-Gdansk und Constanta-Triest weiterhin als Projekte von europäischem Interesse mit hoher Priorität eingestuft werden sollten;

6. weist mit Nachdruck darauf hin, dass die EU durch eine Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nicht nur ihre Energieversorgungssicherheit gewährleisten würde, sondern auch zur Bewältigung der durch den Klimawandel bedingten Herausforderungen beitragen würde; hebt die Bedeutung einer verstärkten Bereitstellung von Finanzmitteln für die Erforschung und Entwicklung neuartiger und umweltfreundlicherer Technologien hervor;
7. ist der Auffassung, dass die steigenden gesamtwirtschaftlichen Kosten des Energieverbrauchs und der Umweltverschmutzung auch erhebliche negative Auswirkungen auf das Funktionieren des europäischen Sozialmodells haben, denn durch die Abhängigkeit Europas vom Import von Erdöl und Erdgas wird sich die Rechnung für fossile Brennstoffe im Verteilungskampf mit den aufstrebenden Märkten in Asien und auch den USA drastisch erhöhen, und durch diese steigenden Ausgaben für den Energieverbrauch wird der Anteil für die Finanzierung unseres Sozialmodells notgedrungen kleiner; sieht nicht zuletzt aus diesem Grund in der Förderung erneuerbarer Energien die Möglichkeit der Entstehung vieler qualifizierter und dauerhafter Arbeitsplätze;
8. weist mit Nachdruck auf die Rolle hin, die die Arktis bei der Konzipierung der Energiepolitik wie auch in Bezug auf den Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung für Europa spielt, wie dies vom Europäischen Rat auf seiner Tagung im März 2007 hervorgehoben wurde; nimmt die Bedeutung einer gerechten Verteilung der Kohlenwasserstoffvorkommen in der Arktis in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht im Interesse der generellen weltweiten Stabilität zur Kenntnis; fordert die Kommission auf, den Kohlenwasserstoffen in ihrer Mitteilung über strategische Fragen im Zusammenhang mit der Arktis besondere Beachtung zu schenken.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	20.1.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 44 - : 4 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Vittorio Agnoletto, Angelika Beer, Monika Beňová, Giorgos Dimitrakopoulos, Michael Gahler, Jas Gawronski, Alfred Gomolka, Klaus Hänsch, Richard Howitt, Ioannis Kasoulides, Maria Eleni Koppa, Helmut Kuhne, Vytautas Landsbergis, Johannes Lebech, Francisco José Millán Mon, Philippe Morillon, Baroness Nicholson of Winterbourne, Raimon Obiols i Germà, Vural Öger, Janusz Onyszkiewicz, Justas Vincas Paleckis, Ioan Mircea Pașcu, Alojz Peterle, João de Deus Pinheiro, Samuli Pohjamo, Bernd Posselt, Libor Rouček, Christian Rovsing, Flaviu Călin Rus, Katrin Saks, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Jacek Saryusz-Wolski, György Schöpflin, Hannes Swoboda, István Szent-Iványi, Konrad Szymański, Charles Tannock, Inese Vaidere, Geoffrey Van Orden, Ari Vatanen, Andrzej Wielowieyski, Zbigniew Zaleski, Josef Zieleniec
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Alexandra Dobolyi, Árpád Duka-Zólyomi, Kinga Gál, Aurelio Juri, Inger Segelström

12.12.2008

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu Maßnahmen gegen die steigenden Ölpreise
(2008/2212(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Pervenche Berès

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. unter Hinweis darauf, dass der Preis pro Barrel Erdöl von unter 50 USD Anfang 2000 im August 2008 auf über 140 USD gestiegen und dann abrupt auf unter 60 USD gefallen ist,
 - B. unter Hinweis darauf, dass höhere Preise für Erdöl und andere wichtige Rohstoffe zu einem Anstieg der Produktionskosten geführt und dadurch insgesamt einen Preisanstieg bewirkt haben, da die Rohstoffpreise eng aneinander gekoppelt sind,
 - C. in der Erwägung, dass der Anstieg der Inflation, der durch Preissteigerungen bei wichtigen Rohstoffen und Preisspitzen beim Erdöl ausgelöst wurde, einen Kaufkraftverfall verursacht hat,
 - D. in der Erwägung, dass die Entwicklung neuer Anlageinstrumente auf dem Markt für Erdöl und andere wichtige Rohstoffe zur Verstärkung der Preisschwankungen bei diesen Rohstoffen geführt hat, und in der Erwägung, dass für größere Transparenz auf den Energiemärkten gesorgt werden muss,
1. vertritt die Ansicht, dass die Ölpreisschwankungen ein Abbild der gestiegenen Nachfrage nach Erdöl, des fortschreitenden Verbrauchs der Erdölreserven, der veränderten demographischen Entwicklungstrends und der zunehmenden Verstädterung, vor allem in Schwellenländern, wo steigende Durchschnittseinkommen zum Anstieg der Nachfrage führen, der Spekulation auf den Rohstoffmärkten und der Weltwirtschaftszyklen sind; betont außerdem, dass Erdöl und andere Rohstoffe infolge des Wertverlusts des US-Dollars in zunehmendem Maß zur Portfoliodiversifizierung eingesetzt wurden;
 2. ist besorgt angesichts der stark schwankenden Ölpreise und deren Folgen für die

Wirtschafts- und Finanzstabilität; ist sich zwar der Vorteile bewusst, die mit der Aktivität der Märkte für Erdöl und andere Energieprodukte verbunden sind, fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten jedoch nachdrücklich auf, auf den Energiemärkten für ein Höchstmaß an Transparenz zu sorgen;

3. ist der Ansicht, dass die Erzeugung von Energie aus Erdöl und anderen Energieträgern, die mit erheblichen Kohlendioxidemissionen verbunden ist, sowohl durch höhere Energieeffizienz als auch durch einen Umstieg auf CO₂-emissionsneutrale Energieträger wie Kernbrennstoffe oder erneuerbare Energiequellen verringert werden sollte;
4. betont, dass sich das Angebot durch die stetige Nachfrage nach Erdöl mehr und mehr den Kapazitätsgrenzen nähert; setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die Transparenz der energiestatistischen Daten, insbesondere hinsichtlich der Öllagerbestände, zu verbessern;
5. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union in zunehmendem Maß der Herausforderung dauerhaft hoher und schwankender Ölpreise und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Folgen stellen muss und dass die in jüngster Zeit entdeckten Lagerstätten kleiner und mit höheren Erschließungskosten verbunden sind, da sie zunehmend außerhalb der Küstengewässer liegen, und die Kosten für Erkundung, Erschließung und Förderung steigen, weswegen es immer dringlicher wird, auf alternative und erneuerbare Energieträger umzusteigen und energiesparende Technologien zu entwickeln;
6. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nicht nur die ökologischen Aspekte, sondern auch die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekte der Abhängigkeit von Energieträgern aus nicht erneuerbaren Quellen eingehend zu prüfen;
7. betont, dass ein effizientes Emissionsrechtssystem und die Annahme einer breiten Palette weiterer Energiesparmaßnahmen wesentlich zur Entstehung eines breit gefächerten, hochinnovativen Marktes für energieeffiziente Technologien und Produkte beitragen sollten; betont darüber hinaus, dass das Verursacherprinzip unbedingt angewendet werden muss; weist darauf hin, dass die Auswirkungen der politischen Maßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftssektoren mit der steigenden Zahl der Länder, die diese Maßnahmen umsetzen, abnehmen;
8. fordert nachdrücklich dynamischere Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Erdölproduktionsländern, die auch die Bereitschaft zum beiderseitigen Geben und Nehmen umfassen und darauf ausgerichtet sind, ein stabileres und ruhigeres Umfeld für das Angebot und die Preisgestaltung auf dem Erdölmarkt zu schaffen, was im Interesse aller Beteiligten und der Weltwirtschaft als Ganzes läge;
9. erwartet von den Erdölunternehmen, dass sie ihre beträchtlichen Gewinne der letzten Zeit in die Erkundung und Erschließung neuer Erdölreserven sowie in die Förderung energiesparender Technologien und die Forschung im Bereich der Erdölersatzstoffe (insbesondere für Fahrzeuge) investieren.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	11.12.2008
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 16 - : 15 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Zsolt László Becsey, Pervenche Berès, Sharon Bowles, Udo Bullmann, Manuel António dos Santos, José Manuel García-Margallo y Marfil, Robert Goebbels, Donata Gottardi, Louis Grech, Benoît Hamon, Othmar Karas, Wolf Klinz, Christoph Konrad, Sirpa Pietikäinen, John Purvis, Bernhard Rapkay, Antolín Sánchez Presedo, Olle Schmidt, Margarita Starkevičiūtė, Ieke van den Burg, Sahra Wagenknecht
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Mia De Vits, Werner Langen, Alain Lipietz, Janusz Onyszkiewicz, Bilyana Ilieva Raeva, Andreas Schwab, Theodor Dumitru Stolojan, Kristian Vigenin
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Michael Gahler, Monica Giuntini, Catuscia Marini

16.12.2008

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR BINNENMARKT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu Maßnahmen gegen die steigenden Ölpreise
(2008/2212(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Colm Burke

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Mitteilung der Kommission und teilt deren Besorgnis angesichts der jüngsten Ölpreisschwankungen und deren negativen Auswirkungen auf die Inflation, die Wettbewerbsfähigkeit, den Handel und das Wirtschaftswachstum;
2. stellt fest, dass die Nachfrage infolge der jüngsten Erdölpreisschwankungen gestiegen ist; beklagt, dass in Drittländern stets auf Subventionen zurückgegriffen wird, da sich dies langfristig negativ auf die öffentlichen Finanzen und die Verbraucher auswirkt;
3. betont, dass auch die begrenzten Kapazitäten für die weitere Erschließung neuer Quellen und Fremdfaktoren wie der schwache Dollar und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten zu den starken Ölpreisschwankungen beigetragen haben;
4. unterstützt den Vorschlag der Kommission, erforderlichenfalls kurzfristige Maßnahmen zur Minderung künftiger Erdölpreisspitzen zu ergreifen; fordert die Mitgliedstaaten auf, bei Investitionen in alternative Energiequellen wie erneuerbare Energieträger finanzielle Unterstützung zu bieten und den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Sensibilisierung der Verbraucher zu setzen, die auf die Verkaufsförderung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen abzielen, um die langfristigen Kosten zu senken sowie um einen künftigen Rückgang des Erdölangebots abzuschwächen;
5. begrüßt die Initiative der Kommission, einen internationalen politischen Dialog zwischen Erdölverbraucher- und Erdölherzeugerländern in Form eines hochrangigen Gipfeltreffens

auf den Weg zu bringen, um ein faires Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Erdölmarkt zu erreichen und zu verhindern, dass der Ölpreis von den Erdöl produzierenden Ländern künstlich auf einem hohen Niveau gehalten wird;

6. betont, dass vorrangig eine Überwachung des Wettbewerbs bei der Verarbeitung und beim Vertrieb von Erdöl und Erdölzeugnissen stattfinden muss und dass transparentere Daten über die kommerziellen Ölvorräte vorliegen müssen;
7. begrüßt die in der zweiten Überprüfung der Energiestrategie geäußerte Absicht der Kommission, den Schwerpunkt auf Erdölnotvorräte zu setzen; ist der Ansicht, dass Erdölnotvorräte bei kurzfristigen Preiserschütterungen als Sicherheitspolster dienen sollten, die es ermöglichen, die Schwankungsbreite der Preise zu begrenzen, um diese im Interesse der Verbraucher berechenbarer zu gestalten;
8. weist darauf hin, dass es Erdölunternehmen gestattet werden sollte, ihre Gewinne in die Exploration und Erschließung von Lagerstätten und in neue Technologien zu investieren, weil sich auf diese Weise wohl am ehesten eine mittel- und langfristige Senkung der Preise erreichen lässt;
9. betont, dass Marktregulierungsmaßnahmen und politische Maßnahmen Hand in Hand gehen sollten, um den starken Schwankungen der Ölpreise begegnen zu können.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	15.12.2008
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 17 - : 13 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Gabriela Crețu, Janelly Fourtou, Evelyne Gebhardt, Martí Grau i Segú, Malcolm Harbour, Anna Hedh, Iliana Malinova Iotova, Alexander Graf Lambsdorff, Kurt Lechner, Catuscia Marini, Nickolay Mladenov, Catherine Neris, Zita Pleštinská, Zuzana Roithová, Leopold Józef Rutowicz, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Bernadette Vergnaud, Barbara Weiler, Marian Złotea
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Emmanouil Angelakas, Wolfgang Bulfon, Colm Burke, Giovanna Corda, Brigitte Fouré, Joel Hasse Ferreira, Othmar Karas
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Zdzisław Kazimierz Chmielewski, Gay Mitchell, Vladimir Urutchev

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	21.1.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 40 - : 6 0 : 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Šarūnas Birutis, Jan Březina, Philippe Busquin, Giles Chichester, Pilar del Castillo Vera, Den Dover, Lena Ek, Nicole Fontaine, Adam Gierek, Norbert Glante, András Gyürk, Fiona Hall, David Hammerstein, Mary Honeyball, Ján Hudacký, Romana Jordan Cizelj, Werner Langen, Anne Laperrouze, Eluned Morgan, Angelika Niebler, Reino Paasilinna, Atanas Papanizov, Aldo Patriciello, Francisca Pleguezuelos Aguilar, Anni Podimata, Miloslav Ransdorf, Vladimír Remek, Herbert Reul, Teresa Riera Madurell, Mechtild Rothe, Paul Rübig, Patrizia Toia, Catherine Trautmann, Claude Turmes, Nikolaos Vakalis, Alejo Vidal-Quadras
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Pilar Ayuso, Ivo Belet, Zdzisław Kazimierz Chmielewski, Matthias Groote, Cristina Gutiérrez-Cortines, Mieczysław Edmund Janowski, Toine Manders, Vittorio Prodi, Esko Seppänen, Silvia-Adriana Țicău
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Marian-Jean Marinescu